

Erneuerung einer entweihten Unabhängigkeitserklärung

Wenn Amerika das sein soll, was sich die Revolution am 4. Juli 1776 vorgestellt hat, eine Nation, die von Gesetzen regiert wird, dann muss das amerikanische Volk seine Stimme erheben und diese Vision verteidigen.



4. Juli 2025 | Dennis Kucinich

Im Jahr 1776 gab Thomas Paine einen revolutionären Ton an, der den König ablehnte: „Aber wo, sagen einige, ist der König von Amerika? ... Soweit wir die Monarchie gutheißen ... in Amerika ist das Gesetz König.“

Die Amerikanische Revolution ersetzte die Autorität eines Souveräns durch die Autorität einer geschriebenen Verfassung und eines Volkes, das sich selbst regiert. Die Vision von Paine war das Fundament der amerikanischen Revolution, eine Erklärung, dass keine Person – kein König, kein Präsident, kein General – über dem Gesetz stehen würde.

Heute, fast 250 Jahre später, verblasst diese Vision, nicht weil die Worte verblasst sind, sondern weil die Institutionen, die sie aufrechterhalten sollen, verkümmert sind. Und der Kern dieser Erosion ist eine Wahrheit, die zu viele fürchten, auszusprechen: Wir sind Zeugen des Zusammenbruchs der impliziten moralischen Grundsätze der *Declaration*, des amerikanischen Versprechens der Freiheit unter dem Gesetz.

Das Verhalten von Amerikas derzeitigem Regierungschef erinnert an die Usurpationen von Georg III., die in der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 zum Ausdruck kommen. Wir sind an einem George-III-Moment angelangt.

4. Juli 2025: Eine Erklärung des Volkes

Wenn im Laufe der Verfassungsgeschichte deutlich wird, dass die Exekutive vom Beschützer zum Räuber der Republik geworden ist, erfordert ein anständiger Respekt für die ursprüngliche Erklä-

rung eine Aufzählung der Missbräuche, Usurpationen und des Verrats, die jetzt stattfinden, und ein Bekenntnis zu den Grundprinzipien, die an jedem Unabhängigkeitstag gefeiert werden.

Wir bekräftigen das Schreiben der Unabhängigkeitserklärung von 1776, das dem Angriff auf die Regierung des amerikanischen Volkes im Jahr 2025 gegenübergestellt wird.

1776: „Alle ... sind gleich geschaffen“, der Grundsatz der angeborenen Gleichheit.

2025: Trump hat im Widerspruch zu diesem Ideal gehandelt. Er hat Programme für Vielfalt, Gleichberechtigung und Integration (Diversity, Equity and Inclusion – DEI) in der gesamten Bundesregierung, beim Militär und im öffentlichen Bildungswesen abgebaut und damit die gesetzlich verankerte Verpflichtung der Nation zu Gleichheit und Pluralismus untergraben, was in großem Widerspruch zur Gleichheitsschutzklausel des 14. Verfassungszusatzes steht. Er hat versucht, die sozialen und politischen Bestrebungen von Generationen von Amerikanern illegitim zu machen, und hat Institutionen bestraft, die sich für die Wahrung der Gleichheitsgrundsätze einsetzen.

1776: „Um diese Rechte zu sichern, werden Regierungen eingesetzt ...“ Dieser deklaratorische Grundsatz findet sich in Artikel I der US-Verfassung wieder: Die Regierung leitet ihre Befugnisse von der Zustimmung der Regierten ab. Die Regierung existiert, um dem Volk zu dienen, nicht dem persönlichen Willen der Exekutive.

2025: Präsident Trump hat

- Kriege ohne die Zustimmung des Kongresses erklärt, was einen direkten Verstoß gegen Artikel I, Abschnitt 8 darstellt: Nur der Kongress ist befugt, einen Krieg zu erklären, sowie gegen die davon abgeleitete War Powers Resolution von 1973;
- aggressive Massenverhaftungen von Einwanderern und Bürgern veranlasst, was zur Inhaftierung von rechtmäßig aufhältigen Personen und von Bürgern führt, die irrtümlich inhaftiert wurden, und damit den 5. und 14. Verfassungszusatz, die Klausel über ein ordnungsgemäßes Verfahren und den Habeas-Corpus-Schutz gemäß Artikel I, Abschnitt 9 untergraben;
- akademische Einrichtungen und Studenten mit Vergeltungsmaßnahmen bedroht, die Meinungsfreiheit und die akademische Freiheit untergraben und eine inhärent irreführende Definition von „Antisemitismus“ als Mittel zur Unterdrückung rechtmäßiger Äußerungen auf dem Universitätsgelände verwendet, um abweichende Meinungen zu bestrafen, was einen offenen Angriff auf den ersten Verfassungszusatz darstellt.

1776: „Er hat seine Zustimmung zu Gesetzen verweigert ...“

2025: Dieser Präsident hat einseitige Militäraktionen durchgeführt, den Kongress umgangen und die verfassungsmäßige und legislative Kontrolle der Exekutivgewalt missachtet.

1776: „Er hat sich bemüht, die Bevölkerung dieser Staaten zu hindern ...“

2025: Der Präsident hat wahllose Razzien durch maskierte Agenten, Entführungen, Inhaftierungen und Abschiebungen genehmigt, die gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren, gleichen Schutz und geltendes Einwanderungsrecht verstoßen.

1776: „Er hat die Rechtspflege behindert ...“

2025: Die Angriffe des Präsidenten auf die Bundesjustiz stellen eine durchsichtige politische Einmischung in die Beratungen der Justiz dar, einer separaten, aber gleichberechtigten Abteilung der Regierung, die durch Artikel III der Verfassung eingerichtet wurde.

1776: „Er hat eine Vielzahl von neuen Ämtern errichtet ...“

2025: Die Ernennung einer zentralen Verwaltungsaufsicht durch den Präsidenten, bekannt als Department of Government Efficiency (DOGE), verstößt gegen die Ernennungsklausel und das Gesetz über den öffentlichen Dienst. Illegale und wahllose Entlassung tausender unpolitischer Beamter aus dem Dienst.

1776: „Er hat unter uns, in Zeiten des Friedens, stehende Heere unterhalten ...“

2025: Der Präsident entsendet die Nationalgarde ohne Ersuchen des Staates nach Los Angeles und verstößt damit gegen den 10. Verfassungszusatz und den Posse Comitatus Act (18 U.S.C. §1385), der den Einsatz von Bundestruppen zur Strafverfolgung im Inland verbietet.

1776: „Er hat darauf hingewirkt, das Militär unabhängig von der Zivilgewalt und ihr überlegen zu machen ...“

2025: Durch die Anordnung des Einsatzes des Militärs zur zivilen Durchsetzung hat der Präsident die Trennung zwischen Militär und Zivilgewalt ausgehöhlt.

1776: „Er hat sich mit anderen zusammengetan, um uns einer Gerichtsbarkeit zu unterwerfen, die unserer Verfassung fremd ist ...“

2025: Durch sein einseitiges Handeln, das die USA in außenpolitische Verstrickungen hineingezogen hat, hat der Präsident das Gesetz über die Auslandshilfe umgangen, indem er ohne ausdrückliche Ermächtigung des Kongresses US-Ressourcen eingesetzt, das Völkergewohnheitsrecht missachtet und die Sicherheit unserer Nation gefährdet hat.

1776: „Um unseren Handel mit allen Teilen der Welt abzuschneiden ...“

2025: Durch die Verhängung von Handelssanktionen ohne Beteiligung des Kongresses hat der Präsident gegen die Handelsklausel (Artikel I, Abschnitt 8) der US-Verfassung verstoßen.

1776: „Weil er uns ... die Vorteile eines Geschworenengerichts vorenthalten hat.“

2025: Der Präsident war maßgeblich an der Verweigerung eines ordnungsgemäßen Verfahrens in Einwanderungsverfahren beteiligt, einschließlich der Verweigerung des Zugangs zu einem Rechtsbeistand und einer sinnvollen Überprüfung.

1776: „Weil sie uns über die Meere transportiert haben ...“

2025: Er hat willkürlich Abschiebungen und beschleunigte Abschiebungen in ausländische Gerichtsbarkeiten angeordnet, wodurch der Zugang zu einer gerichtlichen Überprüfung verweigert wird, was einen Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen gemäß Artikel 13 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte darstellt.

1776: „Für die Aussetzung unserer eigenen Legislative ...“

2025: Durch aggressives Handeln der Exekutive und regulatorische Eingriffe in die Zuständigkeit des Kongresses hat der Präsident die praktische Rolle des Kongresses geschwächt.

1776: „Er hat im Inland Aufstände angezettelt ...“

2025: Er hat militärische Gewalt eingesetzt, um Protestbewegungen zu unterdrücken, indem er sie als aufrührerisch bezeichnete, was gegen den Schutz des 1. und 10. Verfassungszusatzes verstößt.

Die Ideale der Amerikanischen Revolution

Eine Präsidentschaft, deren Handlungen leider so genau mit den historischen Definitionen von Tyrannei übereinstimmen, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung formuliert sind, kann nicht mit den heiligen Werten der verfassungsmäßigen Regierungsführung in Einklang gebracht werden oder ihnen vertrauen.

Wir bekräftigen daher unsere Treue nicht zu einer Person, nicht zu einem Amt, sondern zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika und zu den Grundsätzen von 1776. Lassen Sie uns hier im Jahr 2025 noch einmal „gegenseitig unser Leben, unser Vermögen und unsere heilige Ehre versprechen“, wie es die Patrioten vor so vielen Jahren taten.

Die Ideale der Amerikanischen Revolution, die in der Unabhängigkeitserklärung kühn formuliert, in der Präambel festgeschrieben, in der Verfassung verankert und in der Bill of Rights nachdrücklich unterstrichen wurden, verlangen, dass die Rechte des Volkes an erster Stelle stehen und dass die Regierungsgewalt in Schach gehalten wird.

Gesetze müssen auch die Gouverneure regieren, damit das Recht nicht durch Angst, Ehrgeiz und Parteiloyalität zu einem Schwert der Unterdrückung wird.

Wenn Amerika das bleiben soll, was sich die Revolution 1776 vorgestellt hat, eine Nation, die von Gesetzen regiert wird, dann müssen wir, das Volk, unsere Stimme erheben, wir müssen handeln und diese Vision verteidigen.

Unsere Freiheit hängt letztlich von einer aufgeklärten, aktiven Bürgerschaft ab. Andernfalls verraten wir die Vergangenheit und geben die Zukunft auf, und die Nation scheitert.